



# Unsicherheiten erschweren den Aufbruch

DIHK-Konjunkturumfrage Jahresbeginn 2022

**Gemeinsam Wirtschaft Stärken**

**DIHK**

Deutscher  
Industrie- und Handelskammertag

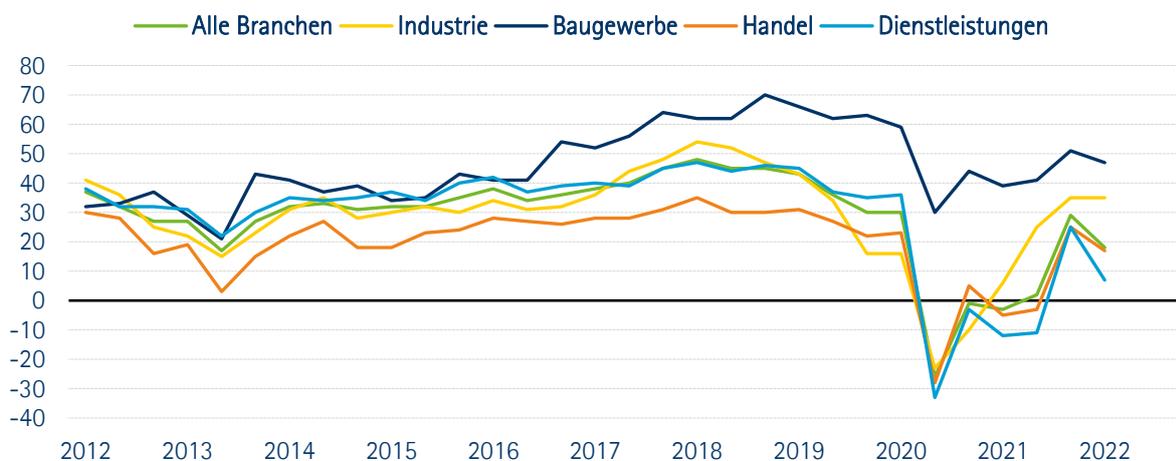
**IHK**

Deutsche  
Industrie- und Handelskammern

## Aktuelle Geschäftslage der Unternehmen

Die Einschätzungen der Unternehmen zur aktuellen Geschäftslage trüben sich ein. Während die Vorumfrage im Herbst 2021 noch unter dem Eindruck einer wirtschaftlichen Erholung nach Ende des zweiten Lockdowns stand, prägen nun die Omikron-Welle, anhaltende Lieferengpässe sowie Sorge um strukturelle Risiken wie steigende Energie- und Rohstoffpreise oder der Fachkräftemangel die aktuelle Situation. Rund 39 Prozent der Unternehmen beurteilen ihre aktuelle Lage als gut, während 21 Prozent von einer schlechten Geschäftslage sprechen. Der Saldo aus guten und schlechten Einschätzungen sinkt auf 18 Punkte nach 29 Punkten in der Vorumfrage. Damit fällt der Indikator wieder deutlich unter das Niveau vor der Corona-Pandemie (30 Punkte zu Jahresbeginn 2020) und liegt auch unter dem langfristigen Schnitt (22 Punkte).

Das Niveau der aktuellen Lageeinschätzungen fällt in den einzelnen Wirtschaftsbereichen sehr unterschiedlich aus. In keinem Wirtschaftsbereich ist eine Verbesserung der Lageeinschätzung gegenüber der Vorumfrage zu beobachten. Überdurchschnittlich gut ist die Stimmung weiterhin im Baugewerbe, dort ist ein geringfügiger Rückgang des Saldos aus positiven und negativen Bewertungen um vier auf 47 Punkte zu verzeichnen. In der Industrie bleibt die aktuelle Stimmung gleich, der Saldo verharrt bei 35 Punkten. Die stärkste Eintrübung ist bei den Dienstleistungen zu beobachten. Hier machen sich die erneuten Einschränkungen zur Eindämmung der vierten Corona-Welle bemerkbar. Der Saldo fällt gegenüber dem Herbst 2021 deutlich von 25 auf sieben Punkte. Im Handel verschlechtert sich die Stimmung ebenfalls (Saldo von 17 nach zuvor 25 Punkten), allerdings liegt der Saldo aus guten und schlechten Lageeinschätzungen damit noch immer leicht über dem langjährigen Durchschnitt (11 Punkte).



Saldo aus gut- und schlecht-Bewertungen

Von den **Industrieunternehmen** kommen die **Investitionsgüterhersteller** zu einer leicht positiveren Lageeinschätzung als in der Vorumfrage (Saldo von 40 nach 37 Punkten). Von guten Geschäften berichten besonders Unternehmen der Elektrotechnik und im Maschinenbau (jeweils Saldo von 46 nach zuvor 43 Punkten). Unterdurchschnittlich ist die Bewertung der aktuellen Lage weiterhin im Kraftfahrzeugbau, der von anhaltenden Lieferengpässen bei wichtigen Bauteilen wie elektronischer Chips betroffen ist und sich Herausforderungen bei der Bewältigung der Mobilitätswende gegenüber sieht. Der Saldo steigt hier nur geringfügig um einen Punkt auf elf Punkte (langjähriger Schnitt: 25 Punkte).

Für die Unternehmen der **Vorleisterbranche** bleibt die Geschäftslage nahezu unverändert gut. Bei Unternehmen der Gummi- und Kunststoffindustrie oder im Bereich Glas, Keramik, Steinerarbeitung ist eine leichte Verbesserung der Lage zu beobachten (Saldo von 37 nach zuvor 33 Punkten bzw. Saldo von 42 nach zuvor 39 Punkten). Hingegen berichten Unternehmen der Metallerzeugung und -bearbeitung oder aus dem Bereich Gewinnung von Steinen und Erden,

Bergbau von einer leichten Verschlechterung (Saldo von 42 nach zuvor 44 Punkten bzw. Saldo von 48 nach zuvor 57 Punkten).

Die **Ge- und Verbrauchsgüterproduzenten** bewerten ihre Lage wieder unterdurchschnittlich und noch einmal negativer als in der Vorumfrage (Saldo von zwölf nach zuvor 15 Punkten). So drücken beispielsweise die erneuten pandemiebedingten Einschränkungen in der Getränkeindustrie die Stimmung (Saldo von minus 25 nach zuvor null Punkten). Etwas bessere Geschäfte machen hingegen die Pharmazeutische Industrie und auch das Textil-, Kleidungs- und Ledergerwerbe (Saldo von 30 nach zuvor 26 Punkten bzw. Saldo von 14 nach zuvor elf Punkten).

Die Geschäfte laufen im **Baugewerbe** weiterhin gut, die Stimmung ist nach wie vor auch die beste im Vergleich der Wirtschaftszweige. Jahreszeitlich bedingt zeigt sich auch hier eine leichte Eintrübung, jedoch kommen angesichts voller Auftragsbücher lediglich fünf Prozent der Unternehmen zu einer negativen Lageeinschätzung (Saldo von 47 nach zuvor 51 Punkten).

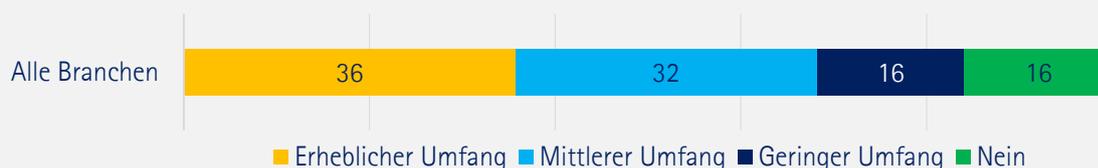
Große Unterschiede zeigen sich bei den **Dienstleistern**. Angesichts der Maßnahmen zur Eindämmung der vierten Corona-Welle verschärft sich die aktuelle Lage besonders bei Reisevermittlern (Saldo von minus 72 nach zuvor minus 66 Punkten). Auch im Gastgewerbe und in der Freizeitwirtschaft verschlechtert sich die Stimmung wieder deutlich (Saldo von minus 67 nach zuvor 18 Punkten bzw. Saldo von minus 54 nach zuvor minus 23 Punkten), nachdem es in der Vorumfrage im Herbst kurzfristig wieder aufwärtszugehen schien. Die überwiegend unternehmensnahen Dienstleister berichten dagegen nur von einer geringfügigen Eintrübung (Saldo von 32 nach zuvor 34) und liegen damit auch im langjährigen Durchschnitt.

Die Pandemiemaßnahmen, die den **Handel** betreffen, sind in diesem Winter etwas weniger restriktiv als noch vor einem Jahr. Dennoch sind auch hier die Auswirkungen der Omikron-Variante spürbar. Allerdings fällt die Lagebewertung weniger negativ aus als z.B. im Gastgewerbe. So fällt der Saldo aus positiven und negativen Einschätzungen im Einzelhandel um 15 auf 8 Punkte, der damit aber immer noch über dem langjährigen Schnitt von sechs Punkten liegt. In Großhandel und Handelsvermittlung verschlechtert sich die Bewertung zusammengenommen nur geringfügig (Saldo von 29 nach zuvor 32 Punkten). Anhaltende Lieferschwierigkeiten machen der Branche aber zu schaffen.

## Lieferengpässe und Preissteigerungen aufgrund von Lieferschwierigkeiten

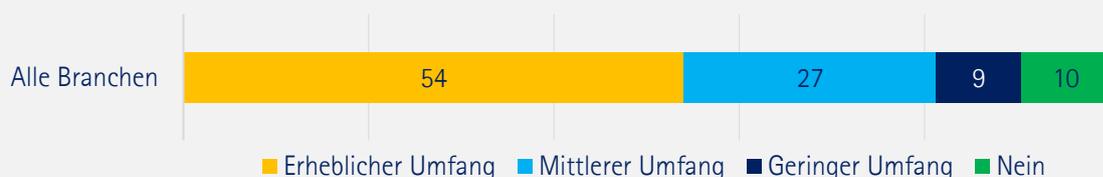
Die Corona-Pandemie hat weltweit zu Störungen in den internationalen Lieferketten geführt. Die Folgen sind Engpässen bei Rohstoffen, Materialien und Vorleistungen sowie steigende Preise. Die Hoffnung auf eine schnelle Entspannung zu Ende 2021 hat sich nicht erfüllt. Zu Jahresbeginn geben über alle Branchen hinweg 36 Prozent der Unternehmen an, in erheblichem Umfang von Lieferengpässen betroffen zu sein. 32 Prozent berichten von einer Betroffenheit in mittlerem Umfang. Weitere 16 Prozent geben noch an, in geringem Umfang unter Lieferengpässen zu leiden. Lediglich 16 Prozent der Unternehmen spüren keine Lieferschwierigkeiten. Ein Blick in die Wirtschaftszweige zeigt, dass die Lage in der Industrie am schwierigsten ist. Hier geben 84 Prozent der Unternehmen an, im mittleren oder erheblichen Umfang betroffen zu sein. Geringfügig besser ist die Situation im Handel und im Bau mit 83 Prozent bzw. 78 Prozent. Lediglich bei den Dienstleistern sind weniger als die Hälfte in erheblichem oder mittlerem Umfang betroffen (48 Prozent).

### Anteil der Unternehmen die aktuell von Lieferschwierigkeiten betroffen sind (In Prozent)



Gestörte Lieferketten wirken sich nicht nur in Form von fehlendem Material oder längeren Lieferzeiten aus, sie führen auch zu gestiegenen Preisen von Energie-, Vorleistungen und Rohstoffen. So berichtet über die Hälfte der Unternehmen, von erheblichen Preissteigerungen aufgrund von Lieferschwierigkeiten betroffen zu sein. Über ein Viertel spürt noch mittlere Preissteigerungen. Lediglich neun Prozent der Unternehmen geben an, nicht von Preissteigerungen aufgrund der Engpässe betroffen zu sein. Die größten Preissteigerungen fanden dabei in der Industrie statt, 96 Prozent berichten, von Preissteigerungen in mittlerem oder erheblichem Ausmaß betroffen zu sein. Im Baugewerbe sind es 92 Prozent, im Handel 88 Prozent und im Dienstleistungssektor 68 Prozent.

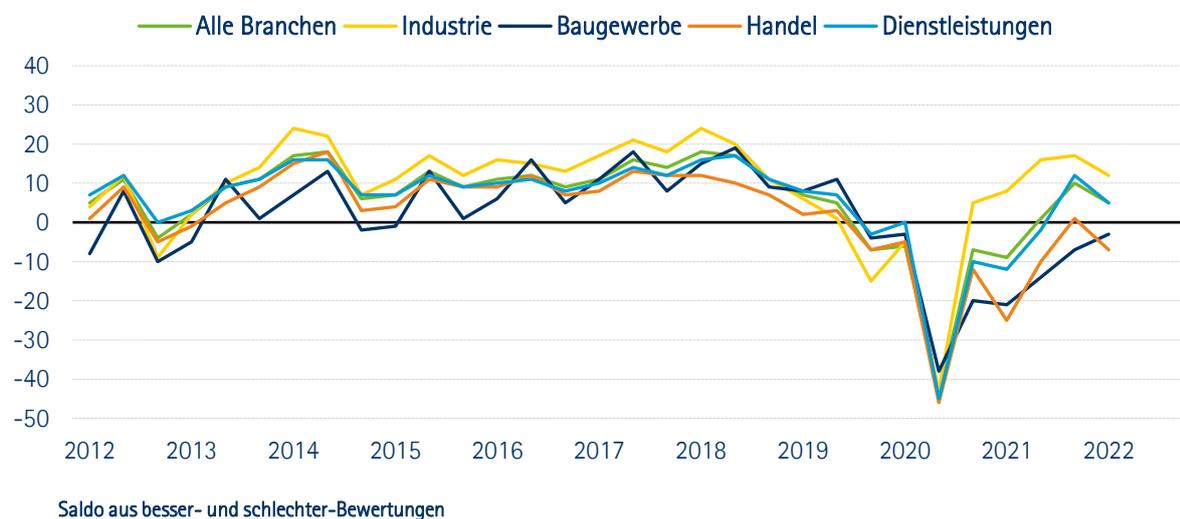
### Anteil der Unternehmen die aktuell von Preisanstiegen aufgrund von Lieferschwierigkeiten betroffen sind (In Prozent)



## Geschäftserwartungen der Unternehmen

Die Geschäftserwartungen für die kommenden zwölf Monate trüben sich ein. Der Saldo aus positiven und negativen Erwartungen verschlechtert sich um fünf auf nur noch fünf Punkte und liegt damit leicht unter dem langjährigen Schnitt von sieben Punkten. Darin spiegelt sich die Unsicherheit, wann die Pandemie und die weltweiten Lieferengpässe überwunden sein werden und wie die strukturellen Herausforderungen wie die Transformation der Wirtschaft oder die demografische Entwicklung gemeistert werden sollen.

Vor allem im Handel (Saldo von minus sieben nach zuvor einem Punkt) und bei den Dienstleistern (Saldo von fünf nach zuvor zwölf Punkten) gehen die Erwartungen zurück. Auch in der Industrie blicken die Unternehmen weniger optimistisch in die Zukunft (Saldo von 12 nach zuvor 17 Punkten). Im Baugewerbe verbessern sich die Erwartungen leicht, jedoch überwiegen weiterhin die Pessimisten (Saldo von minus drei nach zuvor minus sieben Punkten).



Die Aussichten für die Unternehmen, die überwiegend **konsumnahe Dienstleistungen** anbieten, haben wieder einen Dämpfer erhalten. Nicht nur die anhaltende Pandemie, sondern auch die Sorgen wegen steigender Energie- und Rohstoffpreise, Lieferengpässe und auch höherer Arbeitskosten drücken die Erwartungen. Pessimistisch sind besonders Unternehmen aus dem Bereich Kunst, Unterhaltung, Erholung (Saldo von minus zwei nach zuvor 18 Punkten), Gastronomie (Saldo von minus acht nach drei Punkten) und dem Beherbergungsgewerbe (Saldo von minus vier nach zwei Punkten). Gesunken sind die Geschäftserwartungen auch bei den Reiservermittlern (Saldo von zehn nach zuvor 16 Punkten).

Die **unternehmensbezogenen Dienstleister** blicken zwar nach wie vor optimistisch in die Zukunft, allerdings sind sie vorsichtiger bei den Geschäftserwartungen als noch im Herbst 2021 (Saldo von 14 nach zuvor 20 Punkten). Vergleichsweise gut, wenngleich auch gegenüber der Vorumfrage etwas gesunken, sind die Erwartungen bei den IT-Dienstleistern (Saldo von 23 nach zuvor 28 Punkten). Die Messe-, Ausstellungs- und Kongressveranstalter hoffen mehrheitlich auch, dass in diesem Jahr wieder Veranstaltungen stattfinden und ihre Geschäfte anspringen, dennoch sind auch sie deutlich zurückhaltender als noch im Herbst 2021 (Saldo von 20 nach zuvor 47 Punkten). Auch Unternehmen aus dem Bereich Leasing und Vermietung oder aus der Unternehmensberatung schrauben Ihre Erwartungen etwas zurück (Saldo von 17 nach zuvor 24 Punkten bzw. Saldo von elf nach zuvor 19 Punkten). Die Betriebe aus dem Bereich der Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften profitieren grundsätzlich vom Bedarf der Wirtschaft nach flexiblen Personallösungen in unsicheren Zeiten sowie der hohen Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften. Gleichzeitig leider die Branche aber

selbst unter dem Fachkräftemangel. Der Saldo der Geschäftserwartungen bleibt daher nahezu unverändert bei 19 Punkten (nach zuvor 20 Punkten).

Im **Handel** schauen vor allem die Einzelhändler wieder deutlich verhaltener auf die kommenden Monate (Saldo von minus elf nach zuvor einem Punkt). Der stationäre Handel leidet zwar nicht mehr so stark wie im letzten Winter unter den Schutzmaßnahmen, jedoch sind die Auswirkungen der vierten Welle spürbar. Die Aussichten in Großhandel und Handelsvermittlung sind ebenfalls gesunken. Hier spüren die Unternehmen insbesondere den Druck der Lieferengpässe und der daraus resultierenden Preissteigerungen. Jedoch halten sich Optimisten und Pessimisten annähernd die Waage (Saldo von minus einem nach zuvor fünf Punkten).

In der **Industrie** macht sich eine Stimmungseintrübung vor allem bei den Herstellern von **Ge- und Verbrauchsgütern** bemerkbar (Saldo von sieben nach zuvor 18 Punkten). Hier hängen die Geschäftserwartungen stark von den konsumnahen Dienstleistern, wie der Gastronomie, ab, die unter der vierten Corona Welle leiden. Entsprechend sinken die Erwartungen z.B. bei Unternehmen des Ernährungsgewerbe und der Tabakverarbeitung im Saldo um 7 auf einen Punkt.

Bei den energie- und rohstoffintensiven **Vorleistungsgüterherstellern** fallen die Erwartungen für die nächsten zwölf Monate gemischt aus. Während sich im Papiergewerbe und in der Chemischen Industrie die Aussichten merklich eintrüben (Saldo von 6 nach zuvor 22 Punkten bzw. Saldo von 7 nach zuvor 14 Punkten), hoffen die Unternehmen aus der Metallerzeugung und -bearbeitung unverändert auf eine Belebung (gleichbleibender Saldo von 18 Punkten). In der Gummi- und Kunststoffindustrie ist eine geringfügige Saldoverschlechterung um einen auf neun Punkte zu beobachten.

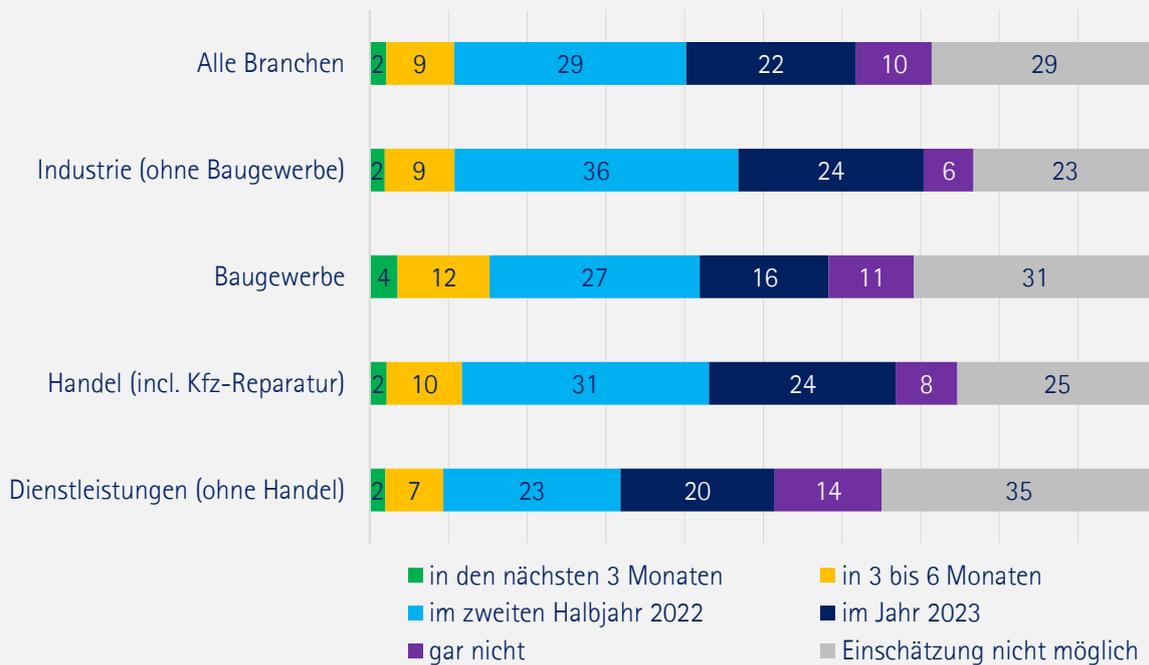
Die Aussichten für das kommende Jahr schätzen die **Investitionsgüterproduzenten** etwas pessimistischer ein als in der Vorumfrage (Saldo von 21 nach zuvor 26). Auf etwas positivere Umsätze als noch im letzten Herbst hoffen die Kraftfahrzeugbauer (Saldo von 21 nach zuvor 16 Punkten). Etwas geringere Geschäftserwartungen haben hingegen die Maschinenbauer (Saldo von 25 nach zuvor 30 Punkten) und die Unternehmen aus der Elektrotechnik (Saldo von 19 nach zuvor 24 Punkten).

Unternehmen im **Baugewerbe** steigern leicht ihre Erwartungen, unterm Strich blicken sie jedoch immer noch kritisch auf die Geschäfte der kommenden Monate, getrieben durch den erheblichen Fachkräftemangel und Belastungen aus hohen Energie- und Rohstoffpreisen. Das gilt insbesondere für den Tiefbau, wo die Erwartungen trotz beachtlicher Verbesserung noch bei einem Saldo von minus acht Punkten liegen (nach zuvor minus 19 Punkten). Auch bei den Unternehmen aus dem Hochbau (Saldo von minus zwei nach zuvor minus sechs Punkten) und dem Ausbaugewerbe (Saldo von minus zwei nach zuvor minus fünf Punkten) bleibt der Saldo der Geschäftserwartungen noch negativ.

## Keine kurzfristige Entspannung bei Lieferengpässen zu erwarten

Fast neun von zehn Unternehmen (89 Prozent) rechnen mit einer Entspannung der Lieferschwierigkeiten frühestens ab dem zweiten Halbjahr 2022 oder wagen erst gar keine Prognose. Rund 22 Prozent der Unternehmen sieht eine Verbesserung der Liefersituation erst 2023. Zehn Prozent rechnen überhaupt nicht mit einer Verbesserung der für sie relevanten Lieferengpässe. Jedoch zeigt sich auch, dass eine große Unsicherheit bezüglich der Dauer der Lieferschwierigkeiten besteht, denn knapp ein Drittel der Unternehmen sieht sich gar nicht in der Lage, ein mögliches Ende der Engpässe abzuschätzen zu können.

**Wann rechnen die Unternehmen mit einer Verbesserung bei der Versorgung mit für Sie relevanten Rohstoffen, Vorprodukten und Waren? (in Prozent)**



## Aktuelle Finanzierungssituation der Unternehmen

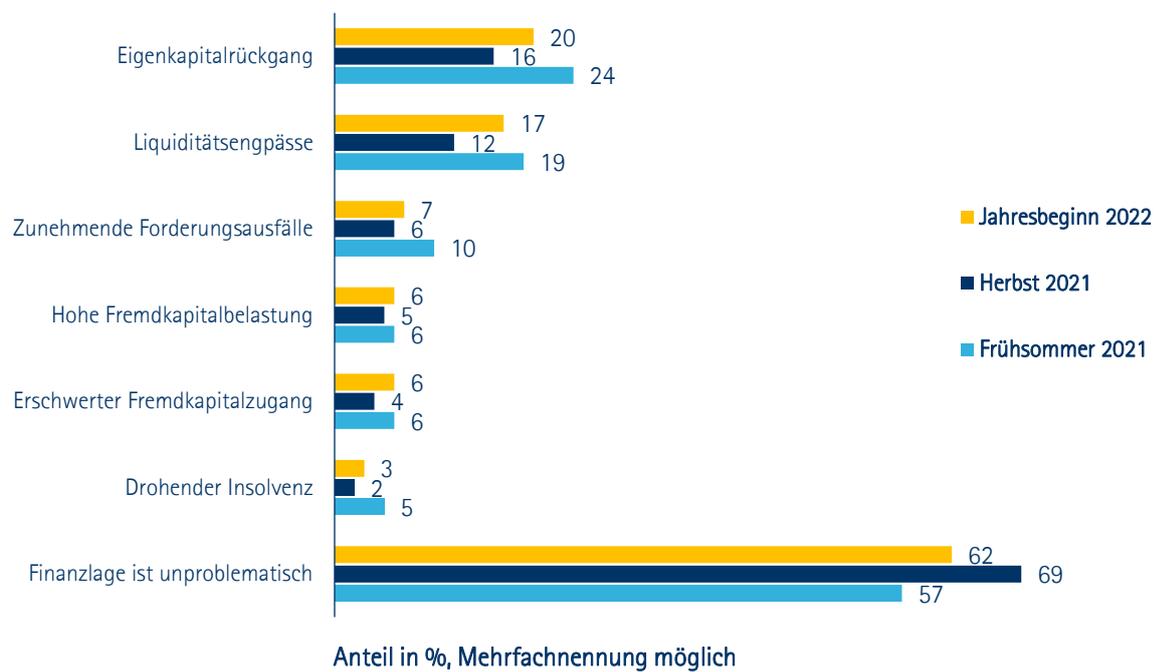
Die Finanzlage der Unternehmen hat sich im Vergleich zum Herbst verschlechtert. Der Anteil der Unternehmen, die ihre Finanzlage als problematisch beschreiben, ist von 31 auf 38 Prozent gestiegen. Mehr als jedes dritte Unternehmen sieht sich also vor Herausforderungen. Im Vordergrund steht nach fast zwei Jahren einer an den Reserven zehrenden Pandemie der Eigenkapitalrückgang (20 Prozent). Den erneuten Geschäftseinschränkungen und Lieferkettenstörungen geschuldet ist auch die Zunahme an Unternehmen, die von Liquiditätsengpässen berichten (17 Prozent). Etwas mehr Unternehmen als noch im Herbst 2021 sehen sich von einer Insolvenz bedroht: über die Breite der Wirtschaft sind es drei Prozent der Unternehmen. Verschlechtert hat sich für sechs Prozent der Unternehmen der Fremdkapitalzugang. Dabei gilt: Je kleiner das Unternehmen, desto kritischer stellt sich die Finanzlage dar, vor allem beim Eigenkapital und der Liquidität. So sieht sich ein Viertel der kleinen Unternehmen mit bis zu 19 Beschäftigten mit einem Eigenkapitalrückgang konfrontiert und ein Fünftel steht vor einem Liquiditätsengpass (21 Prozent).

Ein Blick in die Wirtschaftszweige zeigt, dass die Finanzlage im Baugewerbe stabil ist. Etwa drei Viertel der Bauunternehmen sehen ihre Finanzlage als unproblematisch an (73 nach zuvor 75 Prozent); der Anteil der Unternehmen, die sich einem Eigenkapitalrückgang gegenübersehen, liegt bei zwölf nach zuvor elf Prozent. In der Industrie hingegen hat sich die Finanzlage eingetrübt. Mehr Unternehmen berichten von einer problematischen Finanzlage (31 nach zuvor 25 Prozent im Herbst 2021), und auch der Anteil der Unternehmen ist gestiegen, die von Liquiditätsengpässen (15 nach zuvor 11 Prozent im Herbst 2021) und von einem Eigenkapitalrückgang (13 nach zuvor 11 Prozent im Herbst 2021) berichten.

Im Handel ist die Entwicklung ähnlich. Auch hier ist der Anteil der Unternehmen mit Schwierigkeiten bei der Finanzierung gegenüber dem Herbst 2021 von 30 Prozent auf 36 Prozent gestiegen. Hier dominieren unter den Herausforderungen ebenfalls der Eigenkapitalrückgang (19 Prozent) sowie Liquiditätsengpässe (16 Prozent).

Im Vergleich der Wirtschaftszweige sehen sich die Dienstleister mit der schwierigsten Finanzlage konfrontiert, da sie häufiger als andere Branchen von Einschränkungen im Geschäftsbetrieb betroffenen sind. Nunmehr berichten 43 Prozent der Unternehmen von einer problematischen Finanzlage; im Herbst 2021 waren es 35 Prozent. Vor allem der Eigenkapitalrückgang (24 Prozent) und Liquiditätsengpässe (19 Prozent) bereiten den Unternehmen Sorgen. Besonders angespannt fällt die Bewertung der Finanzlage im Gastgewerbe und bei den Unternehmen aus Kunst, Unterhaltung, Erholung aus: Über drei Viertel (76 Prozent bzw. 77 Prozent) der Unternehmen sehen sich einer problematischen Finanzlage gegenüber. Über die Hälfte (54 Prozent bzw. 37 Prozent) berichten von einem Eigenkapitalrückgang und über ein Drittel (35 Prozent bzw. 36 Prozent) sorgen sich über Liquiditätsengpässe. Von einer Insolvenz sehen sich neun (nach zuvor 3) Prozent der Unternehmen im Gastgewerbe bedroht und sogar 13 (nach zuvor 5) Prozent der Unternehmen aus Kunst, Unterhaltung, Erholung. Angespant bleibt die Finanzlage bei Messe-, Ausstellungs- und Kongressveranstaltern, deren klassisches Geschäft während der Pandemie weitgehend brach lag. Zwar ist der Anteil derjenigen, die von einer problematischen Finanzlage berichten, von 62 Prozent auf 58 Prozent leicht gesunken. Dennoch macht 38 Prozent der Eigenkapitalrückgang zu schaffen, 29 Prozent kämpfen mit Liquiditätsengpässen und 11 Prozent mit zunehmenden Forderungsausfällen.

Die aktuelle Finanzlage der Unternehmen ist geprägt von ...



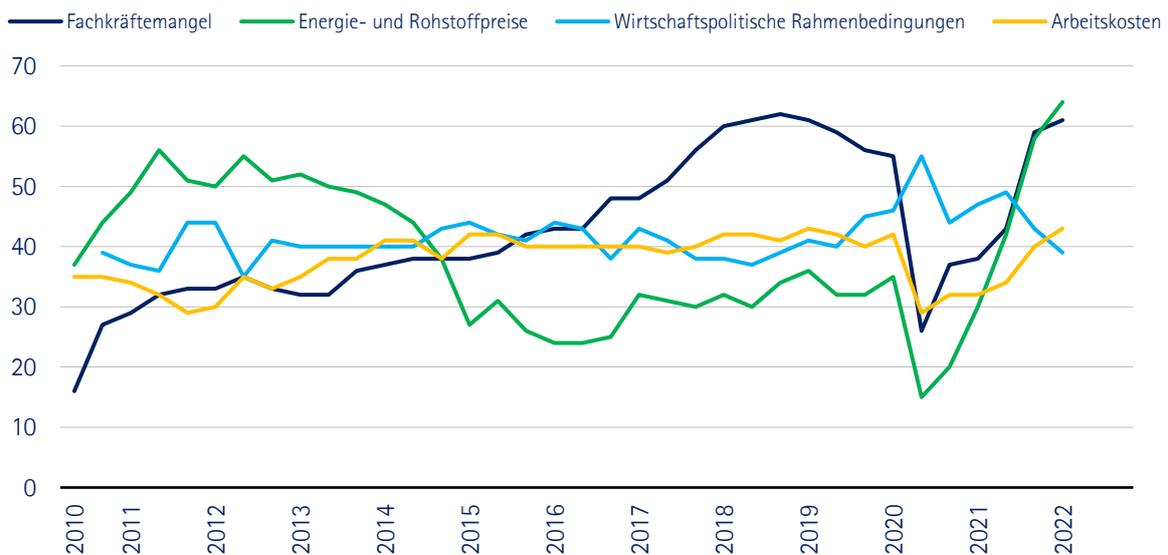
## Geschäftsrisiken der Unternehmen für die kommenden 12 Monate

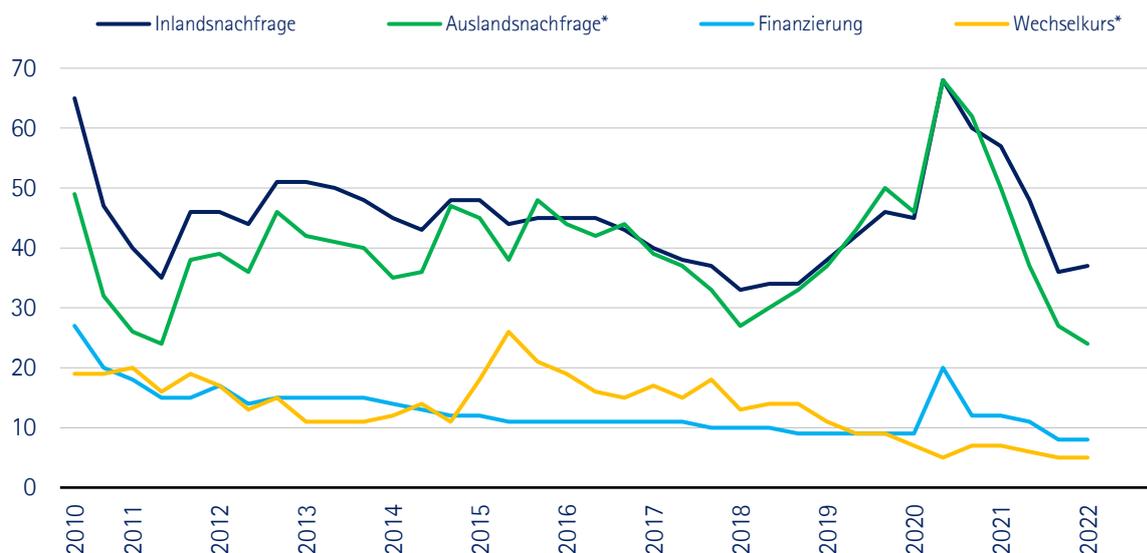
Die strukturellen Risiken für die Geschäftsentwicklung haben sich aus Sicht der Unternehmen im Vergleich zum Herbst 2021 weiter verschärft und drücken die Geschäftserwartungen. Steigende Energie- und Rohstoffpreise sind mittlerweile das größte Risiko. Mit 64 Prozent (nach zuvor 58 Prozent) geben das so viele Unternehmen wie noch nie zuvor an. Knapp unter Rekordniveau folgt der Fachkräftemangel. 61 Prozent (nach zuvor 59 Prozent; Rekordwert im Herbst 2018 mit 62 Prozent) der Unternehmen fürchten, nicht genügend qualifiziertes Personal zu finden. Die Sorge vor steigenden Arbeitskosten (43 nach zuvor 40 Prozent, Allzeithoch) ist ebenfalls gewachsen und löst die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen als drittgrößtes Risiko ab (39 nach zuvor 43 Prozent).

Mit Blick auf konjunkturelle Risiken tritt das Risiko einer sinkenden Auslandsnachfrage bei der Industrie weiter in den Hintergrund (24 nach zuvor 27 Prozent). Die Sorge um die inländische Nachfrage nimmt insgesamt nur geringfügig zu (37 nach zuvor 36 Prozent), wobei das Risiko z.B. besonders in der Getränkeindustrie (68 nach zuvor 54 Prozent) oder im Beherbergungsgewerbe (37 nach zuvor 26 Prozent) gestiegen ist.

### Geschäftsrisiken für die Gesamtwirtschaft

Anteil der Nennungen in Prozent; Mehrfachnennungen möglich; \*Export-Industrie





Der Anteil der Unternehmen, die Energie- und Rohstoffpreise als Risiko angeben, liegt mittlerweile in allen Wirtschaftszweigen auf einem Allzeithoch. Am stärksten ist jedoch die Industrie betroffen (85 Prozent). Besonders in den energie- und rohstoffintensiven Energiezweigen, wie der Gummi- und Kunststoffindustrie (95 Prozent), der Metallherzeugung und -bearbeitung (93 Prozent) oder der Gewinnung von Steinen und Erden, Bergbau (87 Prozent) spüren die Unternehmen den Kostendruck. Zum einen sehen sich die Unternehmen mit globalen Lieferkettenstörungen und damit verbundenen Preissteigerungen z.B. bei Metall, Plastik, Gummi oder Holz konfrontiert. Zum anderen werden auch die steigenden Energiepreise zur Belastung für das Geschäft. Zum Tragen kommt auch die Unsicherheit vieler Unternehmen, welche Kosten mit der Transformation hin zu einer klimaneutralen Wirtschaft, z.B. durch CO<sub>2</sub>-Bepreisung, und der Umsetzung des Green Deal, mittel- und langfristig auf sie zukommen werden. Die Kosten für Energie sind bereits jetzt sehr hoch.

Im Baugewerbe springt das Risiko der Energie- und Rohstoffpreise auf 78 Prozent (nach zuvor 74 Prozent). Im Handel (69 Prozent) ist der Druck bei den Großhändlern und Handelsvermittlern, die noch stärker in den internationalen Handel eingebunden sind, nochmals deutlich stärker (73 Prozent) als im Einzelhandel (64 Prozent). Immerhin der Hälfte (51 Prozent) der Dienstleister bereiten die Preisentwicklung bei Energie und Rohstoffen Sorge, wobei es innerhalb der Branche Unterschiede gibt. So sind Unternehmen bei Lagerei und Verkehrsdienstleistungen (75 Prozent), aber auch das Gastgewerbe (73 Prozent) besonders betroffen.

Beim Fachkräftemangel liegt der Anteil in allen Wirtschaftszweigen mit 61 Prozent nur knapp unterhalb des Allzeithochs (62 Prozent im Herbst 2018 über alle Branchen). Vor allem dem Baugewerbe (78 Prozent) oder Unternehmen im Bereich Lagerei und Verkehrsdienstleister (75 Prozent) macht die Personalnot zu schaffen. Im Gastgewerbe ist der Druck etwas zurückgegangen (67 nach zuvor 75 Prozent). Bei den Industrieunternehmen sind es insbesondere Betriebe aus dem Bereich Gewinnung von Steinen und Erden, Bergbau (66 Prozent), aber auch Elektrische Ausrüstungen (67 Prozent), die einen Fachkräftemangel beklagen.

Das Risiko Arbeitskosten liegt in allen Wirtschaftszweigen zu und liegt in der Industrie (44 Prozent) und im Handel (41 Prozent) auf Rekordniveau, im Bau mit 48 Prozent nur knapp unter einem Allzeithoch (Jahresbeginn 2014: 50 Prozent). Im Dienstleistungssektor (43 Prozent) sehen sich z.B. die Sicherheitswirtschaft (65 nach zuvor 67 Prozent), das Gastgewerbe (59 nach zuvor 51 Prozent), Reinigungsdienste (59 nach zuvor 51 Prozent), Verkehrsdienstleister (55 nach zuvor 51 Prozent), Post-, Kurier-, Expressdienste (62 nach zuvor 55 Prozent) oder das Textilgewerbe (50 nach zuvor 43 Prozent) besonders betroffen. Neben den Fachkräftengpässen, die Löhne und weitere Kosten zum Gewinnen und Halten

von Personal steigern, kann auch die geplante deutliche Anhebung des Mindestlohns durch die neue Bundesregierung für diese Risikobewertung der Betriebe gerade in den genannten Branchen eine Rolle spielen.

### TOP-Geschäftsrisiken nach Sektoren

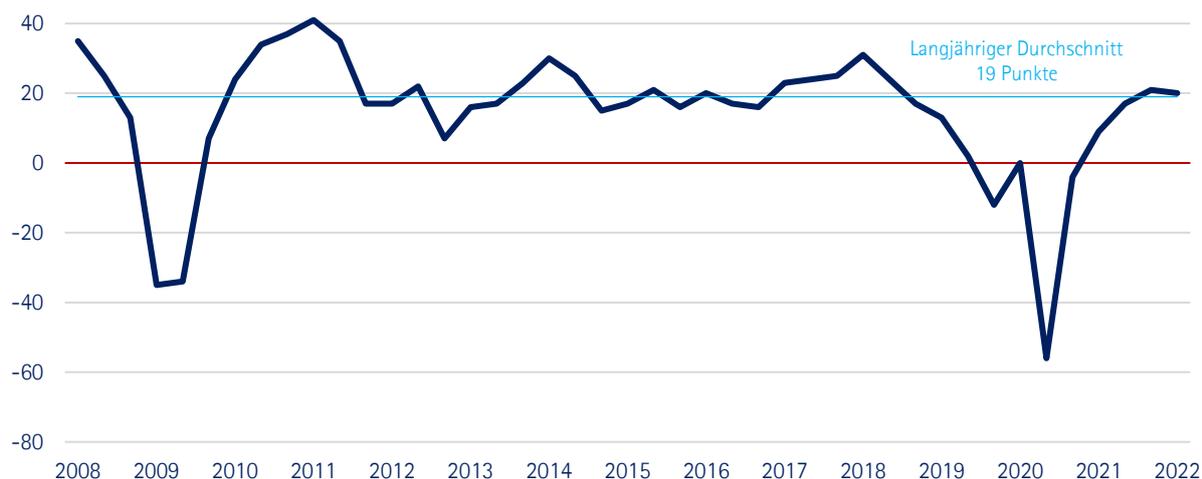
Anteil der Nennungen in Prozent; Mehrfachnennungen möglich, **Allzeithoch**

	Industrie	Bau	Handel	Dienstleistungen
1.	<b>85%</b> <b>Energie- und Rohstoff- preise</b>	78% Fachkräftemangel	<b>69%</b> <b>Energie- und Rohstoff- preise</b>	62% Fachkräftemangel
2.	59% Fachkräftemangel	<b>78%</b> <b>Energie- und Rohstoff- preise</b>	52% Fachkräftemangel	<b>51%</b> <b>Energie- und Rohstoff- preise</b>
3.	<b>44%</b> <b>Arbeitskosten</b>	48% Arbeitskosten	48% Inlandsnachfrage	43% Arbeitskosten
4.	35% Inlandsnachfrage	32% Wirtschaftspolitik	<b>41%</b> <b>Arbeitskosten</b>	42% Wirtschaftspolitik
5.	34% Wirtschaftspolitik	27% Inlandsnachfrage	39% Wirtschaftspolitik	36% Inlandsnachfrage

## Exportenerwartungen der Industrieunternehmen für die kommenden 12 Monate

Die Exporterwartungen der Unternehmen zeigen sich im Vergleich zur Vorumfrage fast unverändert (Saldo von 20 nach zuvor 21 Punkten) und liegen somit weiterhin leicht über dem langjährigen Durchschnitt. Demnach überwiegt der Anteil der exportorientierten deutschen Industrie, der mit einem Anstieg seiner Ausfuhren in den kommenden zwölf Monaten rechnet. Angesichts des herausfordernden Umfelds im internationalen Geschäft sinkt der Saldo jedoch um einen Punkt: Risiken für die exportorientierte Industrie birgt dabei weniger eine nachlassende Auslandsnachfrage, denn die Auftragsbücher sind noch gut gefüllt. Nur 24 Prozent sehen das als Geschäftsrisiko, so wenige wie zuletzt im Frühsommer 2011. Vielmehr stellen weiterhin Störungen in der globalen Logistik, Lieferschwierigkeiten und Preissteigerungen bei Vorleistungsgütern und Energieträgern, sowie eine unsichere Pandemielage in wichtigen Absatzmärkten Herausforderungen im Auslandsgeschäft dar. Beim Blick in die Industriebranchen zeigt sich ein durchwachsenes Bild hinsichtlich der Erwartungen im Vergleich zur Vorumfrage.

Hinsichtlich der Unternehmensgröße sind die Exporterwartungen sehr verschieden: Unternehmen mit mehr als 200 Beschäftigten (Saldo von 36 nach zuvor 35 Punkten) und mit mehr als 1.000 Beschäftigten (Saldo von 50 nach zuvor 43 Punkten) heben ihre Erwartungen. Kleine und mittlere Unternehmen bis 19 Beschäftigte (Saldo von einem nach zuvor drei Punkten) und bis 199 Beschäftigte (Saldo von 10 nach zuvor 12 Punkten) senken ihre Exporterwartungen hingegen leicht im Vergleich zur Vorumfrage.



### Saldo aus höher-Meldungen minus geringer-Meldungen in Punkten

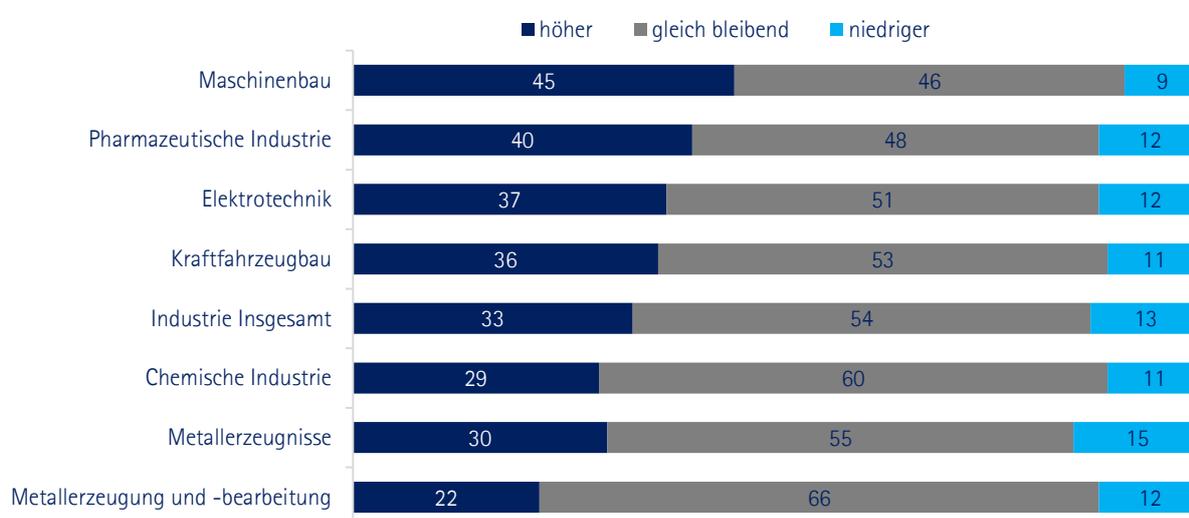
Die Exporterwartungen der Investitionsgüterproduzenten bleiben konstant auf einem überdurchschnittlichen Niveau (Saldo gleichbleibend bei 31 Punkten). Insbesondere die Auftragseingänge für Investitionsgüter aus dem Ausland haben in den vergangenen Monaten zugelegt und geben Hoffnung gute Exportaussichten. Die Investitionsgüterproduzenten sind etwas optimistischer bezüglich der Lieferkettenprobleme als die Industrie insgesamt. Etwas mehr als die Hälfte (52 Prozent) der Hersteller von Investitionsgütern geht von einer Entspannung noch im Laufe dieses Jahres aus, sodass in Folge die bestehenden Aufträge abgearbeitet werden könnten. Insbesondere die Maschinenbauer (Saldo von 36 nach zuvor 33 Punkten), die Kraftfahrzeugbauer (Saldo von 25 nach zuvor 18 Punkten) und die Hersteller von Kfz-Teilen und -Zubehör (Saldo von 20 nach zuvor 13 Punkten) rechnen mit höheren Ausfuhren als zuletzt. Die Erwartungen der Elektrotechniker (Saldo von 25 nach zuvor 28 Punkten) sowie der Hersteller von Datenverarbeitungsgeräten und elektrischen und optischen Erzeugnisse (Saldo von 25 nach zuvor 34 Punkten) sind hingegen gedämpfter als in der Vorumfrage.

Vorleistungsgüterproduzenten (Saldo von 15 nach zuvor 16 Punkten) sowie Ge- und Verbrauchsgüterproduzenten (Saldo von 15 nach zuvor 18 Punkten) senken ihre Exporterwartungen leicht.

Bei den Vorleistungsgüterproduzenten bleiben die Erwartungen der Hersteller von Metallerzeugnissen konstant (Saldo gleichbleibend bei 15 Punkten). Metallerzeugung und -bearbeitungsbetriebe senken ihre Erwartungen zum zweiten Mal in Folge (Saldo von zehn nach zuvor 14 Punkten). Auch in der chemischen Industrie nimmt der Anteil der Unternehmen im Vergleich zur Vorumfrage ab, der mit einer Steigerung seiner Ausfuhren in den kommenden zwölf Monaten rechnet (Saldo von 18 nach zuvor 22 Punkten). Die Exporterwartungen der Gummi- und Kunststoffhersteller steigen leicht (Saldo von zwölf nach zuvor zehn Punkten).

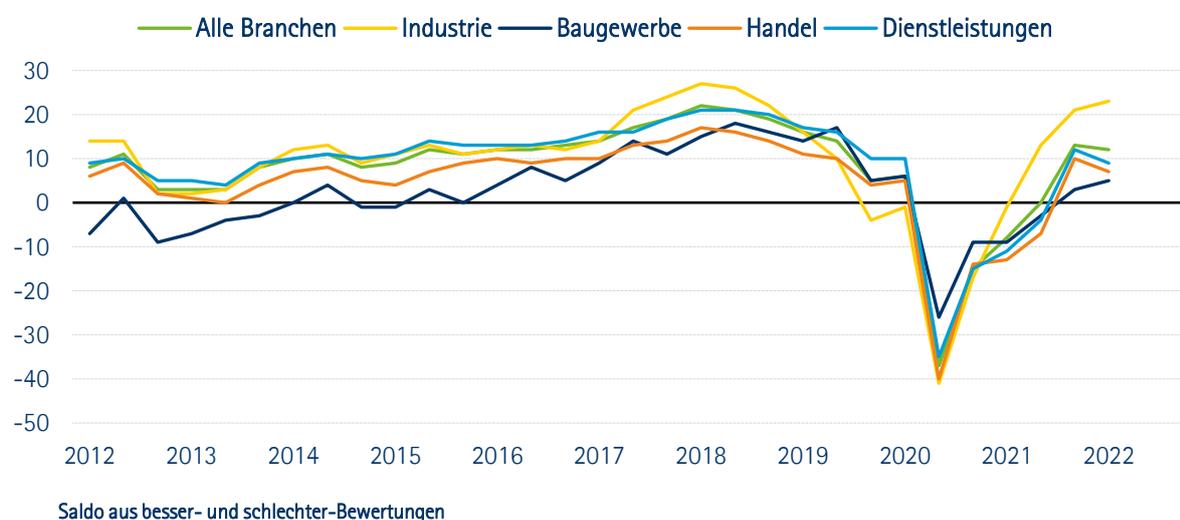
### Exportserwartungen für die kommenden 12 Monate in ausgewählten Branchen

Anteile in Prozent



## Investitionsabsichten der Unternehmen für die kommenden 12 Monate

Bei ihren Investitionsabsichten bleiben die Unternehmen abwartend. Zu Jahresbeginn 2022 wollen knapp ein Drittel (31 Prozent) der Betriebe ihre Investitionen ausweiten und knapp jedes fünfte plant mit weniger Investitionen (Saldo von zwölf nach zuvor 13 Punkten). Zwar zeigen sich Industrie (Saldo von 23 nach zuvor 21 Punkten) und Bau (Saldo von fünf nach drei Punkten) erneut etwas optimistischer, Handel und Dienstleistungen starten allerdings mit gebremsten Investitionsplänen ins Jahr 2022 (Saldo von sieben nach zuvor zehn Punkten bzw. Saldo von neun nach zuvor zwölf Punkten). Zwar fallen die Investitionsabsichten in der Gesamtwirtschaft aktuell besser aus als zu Jahresbeginn 2020 (damals Saldo von sechs Punkten), allerdings von niedrigem Niveau kommend. Im Frühsommer 2020 erreichten die Investitionspläne mit einem Saldo von minus 37 Punkten den Tiefstwert. Die Investitionen sind zwar seitdem gestiegen, aber wurden noch nicht nachgeholt. Damit fehlen wichtige Zukunftsinvestitionen für die Transformation der Wirtschaft hin zu mehr Dekarbonisierung und Digitalisierung.



Leicht senken die Kfz-Bauer (Saldo von acht nach elf Punkten) und Hersteller von Kfz-Teilen und -Zubehör (Saldo von minus zwei nach minus ein Punkt) ihre Investitionspläne. Deutliche Abstriche nehmen das Druck- und Holzgewerbe (Saldo von minus fünf nach null Punkten bzw. Saldo von 19 nach 25 Punkten) vor. Optimistischer hingegen zeigen sich die Pharmaunternehmen (Saldo von 24 nach neun Punkten), die Textilhersteller (Saldo von 28 nach 14 Punkten) sowie die Maschinenbauer (Saldo von 30 nach 22 Punkten).

Bei den Investitionsmotiven wollen so viel Industrieunternehmen wie nie zuvor in den Umweltschutz investieren (35 Prozent). Zugleich sehen 91 Prozent von ihnen in steigenden Energie- und Rohstoffpreisen ein Risiko für ihre Geschäfte (Vorumfrage: 89 Prozent). Dabei sind es vor allem die energieintensiven Unternehmen, bei denen das Motiv Umweltschutz an Bedeutung gewinnt – eine Reaktion auf steigende Energiepreise, die am Standort Deutschland im Vergleich zu anderen europäischen Ländern aufgrund nationaler Sonderlasten wie der nationalen CO<sub>2</sub>-Bepreisung höher ausfallen. Besonders viele Unternehmen rund um die Gewinnung von Steinen und Erden, Bergbau wollen in den Umweltschutz investieren (64 Prozent). Bei der chemischen Industrie und der Metallerzeugung und -bearbeitung ist es mittlerweile fast jeder zweite Betrieb (jeweils 48 nach zuvor 42 Prozent), im Kraftfahrzeugbau und der Gummi- und Kunststoffindustrie klettern die Nennungen auf 46 bzw. 39 Prozent.

Zur Kapazitätserweiterung will nur gut jedes dritte Industrieunternehmen investieren (35 nach zuvor 36 Prozent). Zu groß wiegt die Unsicherheit wie es konjunkturell mit den Lieferengpässen weitergeht und wie strukturell mit dem Fachkräftemangel und den damit höheren Kosten umgegangen werden kann. Einen Kapazitätsausbau planen vor allem

die Pharmaindustrie (51 nach zuvor 48 Prozent) sowie der Maschinenbau (38 nach zuvor 35 Prozent). Sie erwarten spürbare Nachfrageimpulse aus dem In- und Ausland.

Während die Investitionspläne im Bau etwas zulegen (Saldo von fünf nach drei Punkten), nehmen Händler und Dienstleister Abstriche vor. Sie können die kontinuierliche Verbesserung ihrer Investitionspläne seit Herbst 2020 nicht mehr aufrechterhalten. Ihnen machen die pandemiebedingten Einschränkungen weiterhin zu schaffen. Im Groß- und Einzelhandel sinken die Investitionsabsichten um vier bzw. drei Punkte auf einen Saldo von zwei bzw. 12 Punkte. Die Handelsvermittler kürzen noch deutlicher zusammen (Saldo von zwölf nach 17 Punkten).

Bei den Dienstleistern schraubt das Gastgewerbe seine Investitionspläne deutlich nach unten (Saldo von minus elf nach sieben Punkten). Hier kommen etliche Faktoren zusammen, die auf die Investitionsstimmung der Gastronomen und der Beherbergungsbetriebe drücken: Pandemiebedingte Vorgaben wie 2G oder 2G+, vielerorts Beherbergungsverbote in den letzten Monaten, steigende Lebensmittelpreise sowie Energie- und Rohstoffpreise (das Geschäftsrisiko steigt auf 73 nach 63 Prozent) sowie zunehmende Arbeitskosten (59 Prozent nach 51 Prozent), da es oftmals immer schwieriger wird, geeignetes Personal zu finden. Die Investitionsbudgets sind damit zum einen belastet, zum anderen gibt es eine große Unsicherheit, wie sich das künftige Geschäft entwickeln wird. Auch in der Kunst-, Unterhaltungs- und Erholungsbranche wird der Rotstift bei den Investitionen angesetzt (Saldo von minus 18 nach zehn Punkten). Zugleich sind die Investitionspläne in die Rationalisierung mit 24 Prozent nur knapp unter dem Höchstwert von 26 Prozent.

Bei den überwiegend unternehmensbezogenen Dienstleistungen zeigt sich ebenfalls mehrheitlich eine Zurückhaltung bei den Investitionsabsichten (Saldo von zwölf nach 13 Punkten). Während sich die Investitionspläne der Sicherheitswirtschaft (Saldo von 20 nach 17 Punkten), der Gebäudebetreuung (Saldo von 15 nach zwölf Punkten) und Reinigungsdienste (Saldo von 20 nach 15 Punkten) weiter verbessern, fallen die der Dienstleister für Werbung und Marktforschung (Saldo von minus zwei nach zwei Punkten), für Unternehmensberatung (Saldo von sieben nach neun Punkte) und für Leistungen von Ingenieurs- und Architekturbüros (Saldo von zwölf nach 15 Punkten) etwas schlechter aus. Gerade für letztere ist die Akquise neuer Aufträge in konjunkturell unsicheren Zeiten oftmals schwieriger.

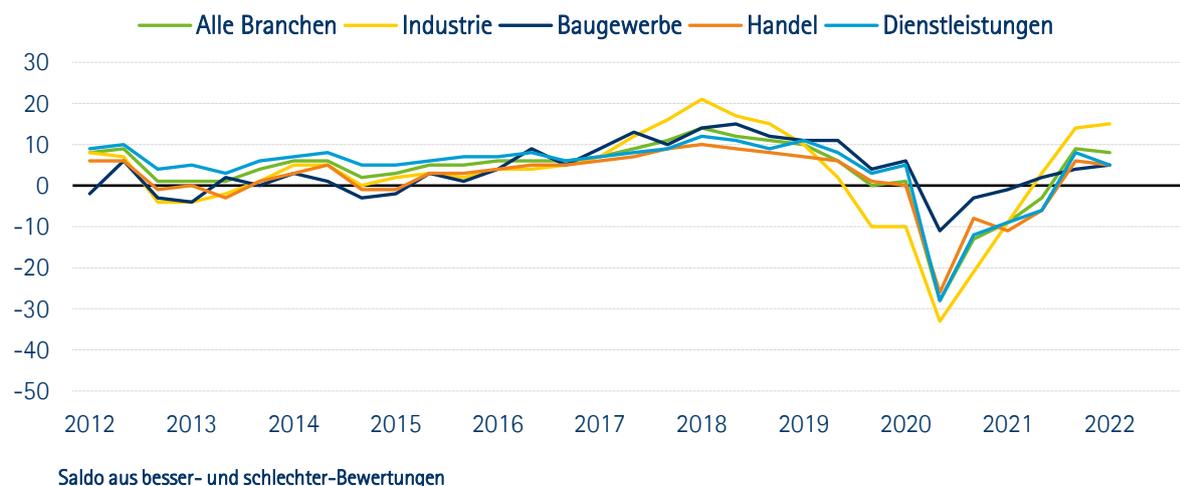
**Hauptmotive für Investitionen im Inland** (in Prozent; Mehrfachantworten sind möglich, in Klammern Wert der Vorumfrage):

	Rationalisierung	Produktinnovation	Kapazitätsausweitung	Umweltschutz	Ersatzbedarf
<b>Alle Branchen</b>	31 (31)	31 (32)	28 (29)	27 (26)	63 (63)
<b>Industrie</b>	42 (42)	36 (35)	35 (36)	35 (33)	63 (62)
<b>Baugewerbe</b>	22 (23)	19 (23)	20 (22)	23 (23)	78 (77)
<b>Handel</b>	28 (28)	26 (27)	25 (28)	25 (24)	64 (63)
<b>Dienstleistungen</b>	27 (27)	32 (32)	25 (25)	24 (23)	62 (62)

## Beschäftigungsabsichten der Unternehmen für die kommenden 12 Monate

Die Beschäftigungsabsichten der Unternehmen bleiben trotz des schwierigen Umfelds und der unsicheren Entwicklung rund um das Pandemiegeschehen im positiven Bereich (Saldo von acht Punkten). Mehr als jedes fünfte Unternehmen (21 Prozent) plant mit mehr Beschäftigung, zwei Drittel mit gleichbleibendem Personalbestand, während 13 Prozent mit einem Abbau rechnen. Gegenüber der Umfrage aus dem Herbst 2021 zeigt sich zwar eine leichte Eintrübung (Saldo von acht nach zuvor neun Punkten), aber die Pläne liegen weiter merklich über dem langjährigen Durchschnitt (Saldo von null Punkten) sowie über dem Vorkrisenniveau (Jahresbeginn 2020: Saldo von null Punkten).

Dieser Rückgang geht auf die Dienstleister und den Handel zurück, von denen etliche durch neuerliche Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung betroffen sind, aber auch dort bleiben die Absichten insgesamt positiv (Saldo von fünf nach zuvor acht Punkten bzw. fünf nach zuvor sechs Punkten). Die Industrie und Bau planen dagegen mit etwas mehr Beschäftigten als im Herbst des Vorjahres (Saldo von 15 nach zuvor 14 Punkten bzw. fünf nach zuvor vier Punkten). Der Fachkräftemangel als Geschäftsrisiko erreicht aus Sicht der Betriebe trotz der noch nicht überwundenen Krise bereits wieder nahezu seinen historischen Höchststand (aktuell 61 Prozent; Herbst 2018: 62 Prozent) und erschwert so den geplanten Personalaufbau. Mit der Erwartung auch künftig weiter zunehmender Fachkräfteengpässe oder zur langfristigen Bewältigung des Strukturwandels können die Beschäftigungsabsichten der Betriebe am aktuellen Rand positiv sein, auch wenn die Geschäftsaussichten eingetrübt sind. Das Risiko Arbeitskosten liegt mit 43 Prozent auf einem Allzeithoch, wozu nicht zuletzt auch die geplante Erhöhung des Mindestlohns beitragen dürfte.



In der Industrie stehen die Zeichen auf Anstieg der Beschäftigungsabsichten. Der Saldo verbessert sich dort im Vergleich zur Vorumfrage leicht von 14 auf 15 Punkte. Volle Auftragsbücher der Unternehmen, aber auch der drohende Mangel an qualifizierten Arbeitskräften machen sich auch bei den Einstellungsabsichten bemerkbar. Angesichts des sich abzeichnenden Renteneintritts der geburtenstarken Jahrgänge ist es zwingend notwendig neues Personal einzustellen. Gleichzeitig spüren die Unternehmen mit positiven Beschäftigungsplänen bereits jetzt, dass es immer schwieriger wird, Stellen zu besetzen. So sehen Unternehmen, die Beschäftigung aufbauen wollen, auch besonders oft das Risiko des Fachkräftemangels. Vor einem Jahr deuteten die Beschäftigungsabsichten noch auf einen Abbau hin (Saldo von minus neun Punkten), obgleich sie sich damals nach dem drastischen Einbruch nach Krisenbeginn (Frühsommer 2020: minus 33 Punkte) schon wieder in der Aufwärtsentwicklung befanden. Coronabedingte Einschränkungen treffen die Industriebetriebe aktuell weniger stark als z.B. die Dienstleister, was in den Plänen zum Ausdruck kommt. Dafür ist die Industrie von Lieferengpässen bei Rohstoffen und Vorprodukten stärker betroffen. Worauf Betriebe im Zweifel mit dem Instrument der Kurzarbeit reagieren können, ohne vorab ihre grundsätzlichen Einstellungsabsichten anpassen zu müssen.

Besonders expansiv sind die Einstellungspläne z.B. im Bereich der Spitzentechnologie (Saldo von 25 nach zuvor 19 Punkten), der Elektrotechnik (Saldo von 25 nach zuvor 24 Punkte) und des Maschinenbaus (Saldo von 25 nach zuvor 19 Punkten) sowie insbesondere auch bei Energieversorgern (Saldo von 26 nach zuvor 20 Punkten). Hier dürfte nicht zuletzt der eingeschlagene Weg in die Klimaneutralität eine Rolle spielen, der die Nachfrage nach Fachpersonal dort steigert. Im Kraftfahrzeugbau (Saldo von minus sechs nach zuvor minus vier Punkten) sind die Vorzeichen dagegen umgekehrt – Engpässe bei Vorprodukten (u.a. Chipmangel), die Mobilitätswende sowie Wettbewerbsdruck in Auslandsmärkten machen sich bemerkbar.

Die Dienstleister zeigen ein heterogenes Bild – hier haben nicht zuletzt die Coronabetroffenheit sowie der strukturelle Wandel großen Einfluss. So weisen Branchen mit Digitalisierungsbezug wie z.B. Programmierer (Saldo von 34 nach zuvor 30 Punkten), IT-Dienstleister (Saldo von 35 nach zuvor 37 Punkten) und Telekommunikation (Saldo von 25 nach zuvor 28 Punkten) expansive Pläne auf. Gleiches gilt für Dienstleister, die mit Blick auf die ökologische Transformation gefragt sind wie z.B. Architektur- und Ingenieurbüros (Saldo von 17 nach zuvor 20 Punkten) sowie Forschung und Entwicklung (Saldo von 32 nach zuvor 23 Punkten). Auch in der Gesundheitswirtschaft stehen Einstellungen auf der Agenda (Saldo von 17 nach zuvor 16 Punkten), dort macht sich der demografische Wandel mit steigender Nachfrage nach diesen Dienstleistungen bemerkbar.

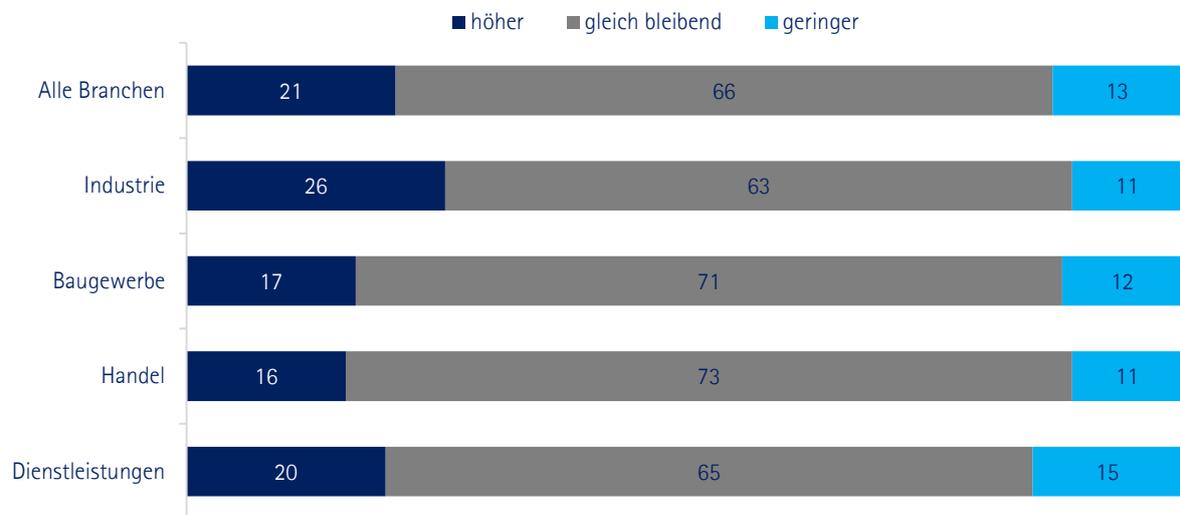
Neuerliche Einschränkungen zur Pandemiebekämpfung kommen dagegen in den negativen Einstellungsabsichten im Gastgewerbe zum Ausdruck, nachdem diese in der Vorumfrage noch leicht aufwärts gerichtet waren (Saldo von minus acht nach zuvor 2 Punkten; Frühsommer 2021: minus 24 Punkte). Bei den Reisevermittlern bleiben die Pläne mit einem Saldo von minus 16 Punkten weiterhin deutlich im negativen Bereich. Nachdem die Beschäftigungsabsichten der Messe-, Ausstellungs- und Kongressveranstalter in der Krise massiv eingebrochen waren (auf zwischenzeitlich minus 52 Punkte im Herbst 2020), will die Branche in Erwartung, dass das Geschäft 2022 wieder anspringen wird, Personal aufbauen. Allerdings haben sie ihre Absichten im Vergleich zum Herbst etwas heruntergeschraubt (Saldo von elf nach zuvor 17 Punkten).

Die Einstellungspläne im Handel bleiben gegenüber der Vorumfrage nahezu unverändert bei fünf Punkten und liegen damit über dem langjährigen Durchschnitt (Saldo von minus drei Punkten). Auch hier zeigt sich im Vergleich zum Vorjahr ein deutliches Plus (um 16 Saldenpunkte), das Vorkrisenniveau wird überschritten (Jahresbeginn 2020: null Punkte). Im Zuge der Eintrübungen aufgrund erneuter Pandemie-Maßnahmen schraubt der Einzelhandel seine Pläne gegenüber Herbst 2021 allerdings etwas zurück (Saldo von einem nach zuvor fünf Punkten), nachdem auch diese sich zuvor deutlich erholt hatten. Die Händler gesundheitsbezogener Güter wollen dagegen Beschäftigung aufbauen (Saldo von 13 nach zuvor sechs Punkten).

Auch im Baugewerbe zeigen sich die Einstellungsabsichten nahezu unverändert (Saldo von fünf Punkten nach zuvor vier Punkten). Sie liegen im positiven Bereich, was auf einen Beschäftigungszuwachs hindeutet über dem langjährigen Durchschnitt von minus fünf Punkten, aber deutlich unter den Werten der Jahre 2018 und 2019. Die Transformation hin zur Klimaneutralität steigert auch die Nachfrage nach Bauleistungen und damit nach entsprechenden Arbeitskräften dort, insbesondere auch im Ausbaugewerbe, das mit sieben Punkten (nach zuvor fünf Punkten) den höchsten Wert innerhalb der Bauwirtschaft aufweist.

**Beschäftigungsabsichten in den kommenden 12 Monaten nach Sektoren**

Anteile in Prozent



## DIHK-Prognose für die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland

### Verwendung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in Deutschland

Veränderung gegenüber Vorjahr, in Prozent, preisbereinigt, verkettet

	2020	2021	DIHK-Prognose 2022
BIP	-4,6%	2,8%	3,0%
Private Konsumausgaben	-5,9%	0,0%	5,0%
Konsumausgaben des Staates	3,5%	3,4%	-1,0%
Bruttoanlageinvestitionen	-2,2%	1,3%	1,6%
– Ausrüstungen	-11,2%	3,2%	3,5%
– sonstige Anlagen	1,0%	0,7%	2,0%
– Bauten	2,5%	0,5%	0,5%
Export (Waren und Dienstleistungen)	-9,3%	9,4%	6,0%
Import (Waren und Dienstleistungen)	-8,6%	8,6%	6,0%
Erwerbstätige (Veränderung in Tausend)	-370	+7	+400
Verbraucherpreise	0,6%	3,1%	3,5%

## Impressum

### Herausgeber und Copyright

© Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V.  
 Postanschrift: 11052 Berlin | Hausanschrift: Breite Straße 29 | Berlin-Mitte  
 Telefon 030 20308-0 | Fax 030 20308-1000

**Redaktion:** Melanie Vogelbach, Dr. Jupp Zenzen, Dr. Kathrin Andrae, Dr. Susanne Gewinnus, Dr. Stefan Hardege, Carolin Herweg, Lola Machleid

**Grafik:** Friedemann Encke, Sebastian Titze, DIHK

**Stand:** Februar 2022

Weitere Ergebnisse, den Fragebogen sowie Hinweise zur Methodik der Umfrage finden Sie unter [www.dihk.de/konjunktur](http://www.dihk.de/konjunktur)